



**SIEBEN TAGE, DIE DIE WELT VERÄNDERTEN** In einer siebenteiligen Serie würdigt der SPIEGEL den Mauerfall vor 25 Jahren. Aufgehängt an sieben Ereignissen – wie Genschers Rede vor den Prager Botschaftsflüchtlingen (30. September), der ersten Leipziger Großdemonstration (9. Oktober) oder der Grenzöffnung (9. November) – wird der Weg in die Einheit nachgezeichnet.

7. Mai 1989

# Amtlich gefälscht

**Serie (I)** Während sich andere Ostblockstaaten demokratische Reformen leisten, frisiert das DDR-Regime die Ergebnisse der Kommunalwahl in gewohnter Manier – und setzt damit den Startschuss für die friedliche Revolution.

Die junge Frau mit den roten Locken hatte den aufregendsten, aufsehenerregendsten, riskantesten Tag ihres Lebens hinter sich. Und nun traute Evelyn Zupke ihren Ohren kaum, als sie hörte, was da in den Spätnachrichten des DDR-Fernsehens verbreitet wurde.

Mit der Autorität des „Vorsitzenden der Wahlkommission“ verkündete Egon Krenz – das Sakko mittelblau, die Haare mittelgrau – das amtlich gefälschte Ergebnis der Kommunalwahl. Von den Wahlberechtigten hätten 12,2 Millionen für die Einheitsliste der Nationalen Front gestimmt: „Das sind 98,85 Prozent“, schnarrte Krenz.

Ein Erdbeben, für Ostverhältnisse. Nie zuvor in 40 Jahren DDR-Geschichte war die Marke von 99 Prozent Jastimmen unterschritten worden. Doch diesmal, am 7. Mai 1989, sah sich die Ostberliner Scheindemokratie offenbar zu Zugeständnissen genötigt. 1,15 Prozent Gegenstimmen, gut 140 000 Abweichler, das schien also die Marge, die sich dieser kaputte Staat offiziell leisten mochte, sagte sich Evelyn Zupke.

Natürlich war die Wahl eine Farce, wie immer, wenn die Bürger der DDR zur Urne gerufen wurden. Und dennoch war an diesem 7. Mai vieles anders. Denn Evelyn Zupke, damals 27 und Heilerzieherin in einer Ostberliner Tagesstätte für behinderte Kinder, hatte nun mehr als einen Verdacht, eine Ahnung vom systematischen Wahlbetrug im Arbeiter-und-Bauern-Staat. Sie hielt an diesem Sonntagabend Beweise in der Hand,

weiße Karteikarten mit Strichlisten, die Arbeit von knapp 200 Mitstreitern des „Friedenskreises Weißensee“, die ab 18 Uhr bei der öffentlichen Auszählung der Stimmen akribisch mitgeschrieben hatten.

Monatelang hatten sich die Bürgerrechtler vorbereitet auf diesen Tag, das Wahlgesetz studiert, zu Veranstaltungen eingeladen, auf denen Bürger von ihren Wahlereignissen berichten konnten. Sie hatten Helfer rekrutiert, den ganzen Bezirk Weißensee nach Hinweisschildern „Wahllokal“ durchkämmt, weil eine offizielle Liste der Stimmabgabestellen nicht zu bekommen war. Am Ende hatten sie in 66 von 67 Wahllokalen des Stadtbezirks ihre Beobachter, nur von jenem in der Kunsthochschule wussten sie nicht. „Aber zur Hochschule hatten wir auch keine Verbindungen“, erinnert sich Evelyn Zupke 25 Jahre später, „Studenten gehörten nicht zum oppositionellen Milieu.“

In Zupkes Wohnung hatte der Friedenskreis sein Wahlbüro aufgeschlagen. Bevor die Beobachter dort ihre Karteikarten abliefern, passierten sie auf der Albertinenstraße einen Pulk von 20, 30 Männern, die auf dem gegenüberliegenden Gehweg auffällig unauffällig herumstanden. Zupke hat sie noch heute vor Augen: „Jeden Moment rechneten wir damit, dass die Stasi uns abführt – aber es passierte nichts.“

Wenn die Sozialarbeiterin, die heute in Hamburg tätig ist, von der Aktion des 7. Mai erzählt, schwingt immer noch ein bisschen Stolz mit. Ihren Drang zum Wi-



Oppositionelle Zupke (2. v. l.) mit Mitstreitern des

derstand hatte sie schon als Oberschülerin entwickelt, zuerst den Staatsbürgerkundeunterricht hinterfragt, dann das Blauhemd der Freien Deutschen Jugend (FDJ) nicht mehr getragen. Sie schlenderte mit einer Plastiktüte aus dem Westen durch ihr Heimatdorf auf Rügen, verweigerte die Wahl 1984. Sie machte eine Fernausbildung zur Heilerzieherin in Berlin, wo Onkel und Tanten lebten, die Westfernsehen empfangen und Rudolf Bahros Dissidentenopus „Die Alternative“ auf losen Blättern lasen. Sie zog in die geteilte Stadt und begegnete einem Diakon, der den Friedenskreis Weißensee gegründet hatte, eine Oppositionsgruppe unter dem Dach und dem Schutz der evangelischen Kirche.

Evelyn Zupke, die Aufsässige von der Insel Rügen, die mit der großen Klappe, hatte endlich Brüder und Schwestern im Geiste gefunden. Menschen, die beim großen Selbstbetrug nicht mitmachen wollten, die Mahnwachen hielten, Flugblätter verteilten, Kontakttelefone unterhielten und die sich, Ende 1988, ein neues Ziel setzten: „die Kommunalwahl zu nutzen, um sie als Scheinwahl zu entlarven“, sagt Zupke.

Dass die 99-Prozent-Ergebnisse geschönt sein mussten, war im Prinzip allen klar. Um den Betrug aber nachweisen zu können, musste man die Stimmanteile eines kompletten Stadtbezirks nachvollziehen können. Denn das war die kleinste Einheit, die veröffentlicht wurde.

In der Ausgabe vom 8. Mai war es so weit. Das *Neue Deutschland* präsentierte



„Friedenskreises Weißensee“ 1989, Stimmenaushölung in Ostberlin 1989: Wahlbeteiligung massiv geschönt, Neinstimmen dreist unterschlagen

das Wahlergebnis für den Bezirk Berlin-Weißensee: 42 007 gültige Stimmen für den Wahlvorschlag, 1011 Stimmen dagegen.

Die Strichlisten auf den Karteikärtchen des Friedenskreises ergaben eine andere Rechnung: Die Wahlbeobachter hatten in den 66 Lokalen 25 797 gültige Dafür-Stimmen notiert sowie 2261 Stimmen dagegen. Nach den offiziellen Zahlen waren also nicht nur 15 000 Bürger aus Weißensee zusätzlich zur Wahl gegangen – es waren auch 1250 Neinstimmen verschüttgegangen.

Der Beweis der Fälschung war erbracht. Und nicht nur in Weißensee. In der gesamten Republik hatten Bürgerkomitees an den Auszählungen teilgenommen. In den Berliner Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg, in Potsdam, Leipzig und Dresden – und überall zeigte sich derselbe Trend: Die Wahlbeteiligung war massiv geschönt und ein Großteil der Neinstimmen dreist unterschlagen worden.

Indem sie den Betrug öffentlich machten, traten die Wahlbeobachter diverser Gruppen – vom „Grünen Netzwerk Arche“ über die „Offene Arbeit Weimar“ bis zur „Kirche von unten“ – in diesen Tagen des Mai eine Lawine los, die der SED-Staat nicht mehr aufhalten konnte. Sie hatten, so formulierte es der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, ein „Symbol der Unglaubwürdigkeit“ dieses Herrschaftsapparats geschaffen. Oder, wie es der Oppositionelle und spätere Grünen-Politiker Werner Schulz ausdrückte, sie hatten den „ersten Spatenstich fürs Grab“ gesetzt.

Wie konnte es dazu kommen, ausgerechnet im 40. Lebensjahr der DDR?

### Signale aus Moskau

Die Dämmerung des zweiten deutschen Staates, da sind sich Historiker, Politiker und Zeitgenossen inzwischen ziemlich einig, beginnt im März 1985. In Moskau kommt ein Bauernsohn aus dem russischen Kaukasus an die Macht. Er ist mit seinen 54 Jahren für einen Führer des größten Landes der Welt sehr jung. Sein Name: Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Er will die Sowjetunion, diesen maroden, ineffizienten, korrupten Moloch, reformieren. „Perestroika“ (Umgestaltung) heißt seine Losung, sie soll die vom Wettrüsten mit den USA ausgegergelte Ökonomie des Landes retten; und sie soll die Gesellschaft, den Umgang der Menschen miteinander, modernisieren – natürlich auf der Basis des Marxismus-Leninismus.

„Wir wollten doch die Sowjetunion erhalten“, wird Gorbatschow zehn Jahre später dem SPIEGEL sagen, „deshalb waren wir angetreten.“ Anfangs versetzt der neue erste Mann des Ostblocks, wie er selbst zugibt, „die gesamte Nomenklatur in Aufruhr“. Die Alten im Kreml wollen keine „Glasnost“ (Transparenz), sie wollen die Macht nicht teilen, sie fürchten jede Veränderung. „Ich habe gespürt“, so Gorbatschow, „dass die einzige Macht, die uns, die Reformen, unterstützen würde, das Volk ist.“ Mit halbwegs freien Wahlen will er die Bürger als Verbündete

im Kampf gegen die störrischen Kader gewinnen.

Der Westen ist zunächst irritiert, dann fasziniert. Gorbatschow zieht als großer Reformier um die Welt, wird hofiert und gefeiert. In der DDR vernimmt man seine Appelle mit Erstaunen, Ungläubigkeit, in der herrschenden Riege mit Unverständnis. Im April 1986, auf dem Parteitag der SED, mahnt Gastredner Gorbatschow, Selbstkritik sei „die unerlässliche Bedingung für den Erfolg“.

Doch Erich Honecker, seit 1971 an der Spitze der DDR und ebenso lange gewohnt, die Direktiven aus dem Kreml zu befolgen, tut so, als hätte er den Schuss nicht gehört: „Wir machen bereits seit 17 Jahren Perestroika“, kontert er Gorbatschows Vorstoß.

Die meisten Bürger der DDR müssen Honeckers Replik als Frechheit empfinden. Sie sind in ihrem Land eingesperrt wie in einem Gefängnis. Sie haben keine Rechte, die sie einklagen können. Sie bekommen allenfalls Privilegien von den Herrschenden für Wohlverhalten geschenkt. Über eine Million Haushalte warten auf einen Telefonanschluss, in vielen Städten bildet sich zuweilen ein derart dicker Smog, dass Lautsprecherwagen durch die Straßen fahren und empfehlen, Fenster und Türen geschlossen zu halten. Die Gewässer sind von den Industrieleitungen derart ruiniert, dass die Leute spotten: „In der DDR ist alles grau, nur die Flüsse sind bunt.“

Die Parolen vom angeblichen Fortschritt des Sozialismus verfangen Mitte der Acht-

**Kunden vor Ostberliner Fleischerei 1989**

Man war bereit zu handeln

ziger selbst bei jenen kaum noch, die sich mal im besseren, menschlicheren Gesellschaftssystem wähten. Dass Mieten, Grundnahrungsmittel oder Theaterkarten billig sind, dass Krippenplätze obligatorisch und Arbeitsplätze sicher sind, wird vom Volk längst als Selbstverständlichkeit angesehen. Und was nutzt ein Durchschnittseinkommen von knapp 1000 Mark, wenn es in den Geschäften keine attraktiven Waren zu kaufen gibt?

Die hohen Subventionen in den Alltag der Menschen haben ihren Preis: Der Staatskasse fehlt das Geld, in die Infrastruktur zu investieren. Viele DDR-Bürger hadern mit dem Stillstand und dem Verfall ihres Landes. Und einige machen diesen Frust auch öffentlich. Kurz vor dem Parteitag '86 schreibt eine „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in der sich Regimekritiker wie Bärbel Bohley, Gerd Poppe und Wolfgang Templin versammelt haben, einen offenen Brief an die SED-Spitze. Es ist eine Totalkritik – und die Aufforderung zu einem „konstruktiven Dialog“.

Doch Honecker will die Signale nicht hören. Er behauptet, das Vertrauen zwischen Volk und Partei sei unerschütterlich. Als 73-Jähriger vertritt er eine Generation, die mit großen Entbehrungen aufgewach-

sen ist, die das Dach über dem Kopf und die warme Mahlzeit noch immer als Erregenschaften preist. Fast alle im betagten Politbüro der DDR – Altersdurchschnitt: 64 Jahre – stammen aus prekären Verhältnissen.

Vielleicht ist Honeckers Ignoranz aber auch nur Ausdruck von Realismus. Vielleicht weiß er, dass Gorbatschows Idee von einem modernen kommunistischen Staat, von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz eine Illusion bleiben wird.

Mindestens so gefährlich wie der gesellschaftliche Reformeifer des Kreml-Chefs ist für die DDR ausgangs der Achtzigerjahre Gorbatschows Aufforderung, die Ostblockstaaten mögen ihre internen Angelegenheiten nun eigenständig regeln. Der große Bruder greife künftig nicht mehr ein.

Für die Führung in Ostberlin hat das dramatische Folgen. Die allmächtige Sowjetunion für die Innenpolitik der DDR verantwortlich machen zu können hatte stets etwas Entlastendes, lenkte vom eigenen Versagen ab. Seit Gorbatschow aber erkennen die Bürger, dass sie gar nicht mehr Opfer einer Fremdherrschaft sind, sondern es ausschließlich mit der eigenen Regierung zu tun haben.

Und diese Bürger wollen jetzt auch das, was ihnen in Polen, Ungarn, sogar in der Sowjetunion vorgelebt wird: den Wandel von einer Gesellschaft, in der die Partei das Wahrheitsmonopol beansprucht, in eine, die sich Menschenrechten und der Partizipation des Volkes nicht länger verschließt.

Der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk hat über die letzten Jahre der DDR ein großes Buch geschrieben. Er hat es „Endspiel“ genannt, und er geht von der These aus, dass es die Breite und die Heterogenität der Opposition war, die es dem Regime so schwer machte, den Zorn der Bürger im Keim zu ersticken – und sei es mit Gewalt.

Kowalczuk absolvierte zu Wendezeiten seinen Grundwehrdienst bei der Nationalen Volksarmee, studierte gleich danach Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität und fand in der Aufarbeitung der SED-Diktatur sein Lebensthema. „Überall im Osten bewegte sich etwas“, erklärt er heute, „nur im eigenen Land passierte gar nichts.“ Der eigene Stillstand wurde deshalb als Rückschritt wahrgenommen. „Und dann war man auch bereit zu handeln.“

Jeder, der die DDR alter Prägung leid ist, kann in der zweiten Hälfte der Achtziger eine Anlaufstelle finden – die einen in der Kirche, die anderen bei Friedens- oder Menschenrechtskämpfern, und wieder andere bei strengen Antikapitalisten, die einen besseren Sozialismus anstreben. Unter den verschiedenen und sich keineswegs einigen Oppositionsgruppen, so beschreibt



es Kowalczuk im „Endspiel“, genießen die Kirchen eine Sonderrolle, „als einzige verbliebene Großorganisation, die eigenständig und unabhängig von der SED agierte“. Die Kirchen verfügen über eigene Verlage, etwa 100 konfessionelle Buchhandlungen dienen ihnen als Vertriebskanal. Die Kirchenzeitungen unterliegen zwar der Zensur, ihre Autoren sind jedoch regimefern – was den Blättern hohe Aufmerksamkeit sichert, in jeder Richtung.

Wenn die Kirche also so etwas wie die offene, geduldete Gegenstimme im Staate ist, so wirken etliche Bürgerrechtszirkel eher im Untergrund; sie werden von der Staatssicherheit nicht nur bewacht, sondern bekämpft.

**Nachrichten aus dem Untergrund**

Ende 1985 schließen sich rund zwei Dutzend Oppositionelle, vorwiegend aus Berlin, zur Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) zusammen, und Peter Grimm ist ein Mann der ersten Stunde. Schon als Schüler wehrt er sich „gegen die Restriktionen und die Unterwerfungsrituale“ auf dem Weg zum Abitur. Da sein Vater Di-

FOTO: HARALD HAUSWALD / OSTKREUZ

**Sanierungsfall DDR**

**Alter der Industriearüstungen im Jahr 1989**

bis 5 Jahre



über 20 Jahre



Quelle: WirtschaftsAtlas 1994

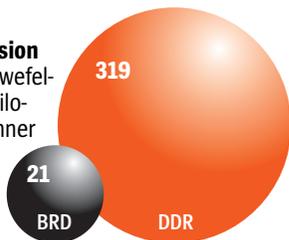
DER SPIEGEL



**Exportierelös** in D-Mark für eine in der DDR bei der Produktion von Gütern aufgewendete Ostmark

Quelle: Kusch u. a. 1991

**Schadstoffemission**  
Ausstoß von Schwefeldioxid 1988, in Kilogramm je Einwohner



Quelle: WirtschaftsAtlas 1994



rektor eines Sägewerks ist, kann er sich seine Aufmüpfigkeit leisten. Grimm weiß: „Auch Lehrer brauchen Holz.“

Der Ton verschärft sich im April 1982, als der damals 17-Jährige sich mit ein paar Freunden zur Beerdigung des Regimekritikers Robert Havemann durchschlägt, obwohl der Friedhof hermetisch abgesperrt ist. Grimm befindet sich nun im Visier der Staatssicherheit, dennoch trifft er sich mit Havemanns Ehefrau Katja. Die Stasi glaubt, ihn wegen des anstehenden Abiturs unter Druck setzen zu können, fordert ihn auf, von seinen Kontakten zu Dissidenten zu berichten. Doch Grimm verweigert die Mitarbeit – und flieht von der Schule, neun Tage vor den Abiturarbeiten.

Damit scheint klar: Die DDR und Peter Grimm – das wird nichts mehr. Und so ist der junge Mann auch dabei, als ein paar Aktivisten der IFM 1986 die erste Ausgabe der Zeitung *Grenzfall* herausgeben. Das Blatt erscheint in einer Auflage von nur 50 Exemplaren, die Hauptstory beschäftigt sich mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und der Gefahr, die von DDR-Atommeilern ausgeht. „Wir wollten Prä-

sens zeigen, Verbindungen knüpfen, über Oppositionsgruppen informieren“, so sieht es Grimm heute.

1987 kommt der *Grenzfall* monatlich heraus, die Auflage kann auf 1000 Exemplare gesteigert werden. Für ein illegales, im Untergrund gedrucktes Magazin ist das beachtlich. Dass im August das ARD-Magazin „Kontraste“ über den *Grenzfall* berichtet, sorgt für noch mehr Bekanntheit und Bedeutung – und womöglich für sein Ende.

Am 24. November versucht die Stasi, die Herausgeber in flagranti bei der Herstellung zu erwischen. Sie vermutet die Druckmaschine in den Räumen der Umweltbibliothek in der Berliner Zionsgemeinde. Bei der Erstürmung der Bibliothek finden die Geheimdienstler jedoch keine Hinweise auf den *Grenzfall*. Für die DDR-Führung ist es eine doppelte Pleite: Erstens missglückt der Plan, die Verantwortlichen des Blattes zu belangen. Zweitens hat sie mit der Razzia in Kirchenräumen einen Tabubruch begangen, der den oppositionellen Gruppen weiteren Zulauf beschert.

„Das Signal war damit gesetzt“, erinnert sich Grimm. Wer noch hoffte, dass Gorbatschow das Politbüro in Ostberlin zum Einlenken bewegen könnte, ist nun alle Illusionen los. Bürger pilgern zum Zionskirchplatz, wo Mahnwachen gehalten werden, dem IFM bisher fernstehende Oppositionsgruppen solidarisieren sich mit dem *Grenzfall*, auch im Ausland gibt es Proteste gegen den Übergriff – und die Kirche spaltet sich in Loyale und Staatskritiker.

Grimms Versuch, den *Grenzfall* weiterhin regelmäßig herauszugeben, scheitert zwar, weil kaum ein Drucker das Risiko eingehen will. Doch im Prinzip hat das Blatt seine Mission erfüllt. Denn fortan habe es viele Nachahmer gegeben, so Grimm, „und auch die Kirchenleute werden frecher“. In diesen Tagen des Jahres 1987, in denen Ostberlins Kirchen voll sind mit Menschen, denen es nicht ums Evangelium geht, sondern um ihre persönliche Zukunft, biegt die DDR auf die Zielgerade ihres Seins ein. „Jeder sah: So kann es nicht weitergehen“, erinnert sich Grimm.

Auch wenn Honecker seit 1986 vermehrt Reisegenehmigungen in die Bundesrepu-

blik erteilen lässt: Das Problem mit den unzufriedenen Bürgern löst er damit nicht – er verstärkt es. Aus den DDR-Medien hatten die Menschen gelernt, dass im „Kapitalismus der BRD“ Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Verelendung herrschen. Vor Ort ist ihr Eindruck meist ein anderer. Die Verwandtschaft führt ihnen Dias vom letzten Spanienurlaub vor und fährt sie im VW Passat über schlaglochfreie Straßen, vorbei an vollen Schaufenstern. Wieder daheim in der DDR fallen nicht wenige der Westreisenden in Depressionen, die Betriebe stellen nach ihrer Rückkehr einen erhöhten Krankenstand fest.

Im Jahr 1987 dürfen – neben den Rentnern – 1,3 Millionen DDR-Bürger in den Westen, 1988 sogar 1,6 Millionen. So sichert das süße Gift von Freiheit und Konsum ins sozialistische Kollektiv. Und mit ihm wächst der Groll derer, denen Reisen verwehrt werden. Längst ist die DDR eine Zweiklassengesellschaft der besonderen Art: mit oder ohne Westverwandtschaft, mit oder ohne Westgeld, mit oder ohne monatliche Pakete aus der BRD.

### Der Staat schlägt zurück

Zurückweichen, auf das Volk zugehen, sich Gorbatschows Kurs anschließen – das alles kommt für die SED-Führung nicht infrage. „Herrschaftslogisch“, sagt der Historiker Kowalczyk, „hat sich Honecker völlig richtig verhalten.“ Im Ostblock habe es nur drei Staatenlenker gegeben, die voraussahen, wohin Glasnost und Perestroika führen würden: „Das war Ceausescu in Rumänien, Husák in der ČSSR und eben Honecker – weil sie genau wussten: Wenn wir den Sack erst einmal öffnen, werden wir nie mehr Herr der Lage sein.“

Dem folgt auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und entwirft Ende 1987 eine „Konzeption zur forcierten Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“. Sie enthält den üblichen Werkzeugkasten, mit dem ein Unrechtsstaat seine Menschen in Schach zu halten versucht: Desinformation, Denunziation, Einschüchterung, Wegsperrungen, Ausweisen.

Beim Festakt zum Rosa-Luxemburg-Gedächtnis am 17. Januar 1988 nimmt die Stasi 70 Menschen fest. Im Februar bekommen etliche Regimegegner ihre Ausreisepapiere, darunter Templin, Bohley und Vera Wollenberger. Das Kalkül der Machthaber, mit dem Aderlass die Ostberliner Opposition zu schwächen, geht jedoch nicht auf – längst ist der Funke schon in andere Städte übergesprungen.

Zur MfS-Strategie gehört auch, die Kirchenzeitungen einer verschärften Zensur zu unterwerfen. Bis Jahresende – so hat es der Forscher Kowalczyk recherchiert – gibt es knapp 50 Eingriffe in Redaktionstexte, die in 27 Fällen zum Erscheinungs-



**Genossen Gorbatschow, Honecker 1986**  
Den Schuss nicht gehört

stopp führen. Im April druckt die Ostberliner Wochenzeitung *Die Kirche* an jenen Stellen, wo der Zensor eingegriffen hat, einfach schwarze Pünktchen. Die Regierungsdespeche *Neues Deutschland* hingegen erlaubt sich, in einem Artikel Gorbatschows Perestroika zu kritisieren.

Die DDR koppelt sich von Tag zu Tag mehr von den Zeitläuften der Welt ab. Während in Ungarn Parteichef János Kádár abdankt, in Polen die Regierung mit den Freiheitskämpfern der Gewerkschaft Solidarność wieder Gespräche aufnimmt, in Prag die Menschen auf dem Wenzelsplatz demonstrieren, verschärft der deutsche Teilstaat seinen Repressionskurs.

Zu den über Jahrzehnte geübten Gewohnheiten interessierter, sowjetfreundlicher DDR-Bürger gehört die Lektüre des *Sputnik*. Das Magazin ist eine Art *Reader's Digest* des Ostens, ein bunter Mix aus Artikeln der Sowjetpresse, zu Themen aus Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, aufwendig gedruckt, mit vielen Farbbildern. Im November 1988 jedoch verfügt das Politbüro, die Verbreitung des *Sputnik* einzustellen. Es hagelt Proteste, Flugblätter machen die Runde.

Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen. Das war die Losung, die jahrzehntelang den DDR-Bürgern eingetrichtert wurde. Das Verbot des *Sputnik* trifft nun auch den zum Staat eher loyal eingestellten Teil der Bevölkerung. „Für einen wohlwollenden Bürger war das der Gipfel“, urteilt Kowalczyk, „das konnte er nicht mehr nachvollziehen.“ Diese symbolstarke Distanzierung von der Sowjetunion, meint der Historiker, habe sogar im Herrschafts-

apparat das Abwenden befördert: „Denen wurde klar: Der Laden ist am Ende.“

Man muss freilich weder zu den Mächtigen gehören noch von den Mächtigen drangsalieren werden, um sich in diesen Wochen von der DDR zu entfremden. Die Krise erreicht auch jene politikfernen Schichten, die es sich ganz gut eingerichtet hatten. Dass man auf ein neues Auto 12 bis 17 Jahre warten musste, war schon schwer zu akzeptieren. Dass im Herbst '88 der Preis für das jüngste Modell des Wartburg auf 30.200 Mark festgesetzt wurde (und damit rund ein Drittel teurer war als der Vorgänger), versetzte die nicht kleine Gemeinde der Autofans jedoch in Wut. Für Kowalczyk ist die „Wartburg-Krise“ einer jener Faktoren, die den Protest so ausdehnten, dass ihm die SED-Clique am Ende hilflos gegenüberstand. Die Oppositionellen am Prenzlauer Berg oder die Hausbesetzerzene in Rostock, nimmt der Historiker an, werden die Aufregung damals nicht mitbekommen haben: „Aber über den Preisanstieg des Wartburg wurden plötzlich auch die Unpolitischen sensibilisiert.“

Und wer sich über die Missstände des Landes und den wachsenden Unmut seiner Bevölkerung informieren wollte, bekam stetig neue Zugänge. Mochten die offiziellen DDR-Medien die Realität auch ausblenden, Regimekritiker tatschweigen oder verunglimpfen: Die Westmedien, allen voran ARD, ZDF und die Berliner Radiostationen, boten für die Oppositionellen einen verlässlichen Resonanzboden. So lief auf Radio 100 jeden letzten Montag im Monat eine Stunde lang „Radio Glasnost – außer Kontrolle“, mit Beiträgen aus der Dissidentenszene. Die *taz* führte eine „Ostberlin-Seite“ ein, auf der sich der Geist des Widerstands austoben durfte. Vor allem versorgte der ausgebürgerte Journalist Roland Jahn die Redaktion immer wieder mit Informationen und Artikeln aus dem Kreis der Bürgerrechtler.

Die Westmedien, so schätzt es Kowalczyk heute ein, hatten für die Mobilisierung der Menschen und die Stärkung der Opposition damals die gleiche Rolle, wie sie heute die sozialen Medien des Internets haben: „Die Berichte zeigten den Leuten in Suhl, dass die Situation nicht nur in ihrem Suhl so ist, sondern auch in Rostock, Leipzig oder Bitterfeld.“ Und mit jedem Fernsehbild einer von der Stasi niedergeschlagenen Demo, mit jedem Artikel über den runden Tisch in Polen, der über den Weg in die Demokratie berät, stellt sich für DDR-Bürger die Frage: Was mache ich jetzt? Was ist meine Haltung?

### Das Regime taumelt

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik sieht zwei Wahlen vor, jene zur Volkskammer, die pflichtschuldigst die Weisheiten des Zentralkomitees



**Video:**  
**Der letzte Sommer der DDR**

spiegel.de/app382014mauer  
oder in der App DER SPIEGEL

abzusegnen hat, und jene für 7789 Volksvertretungen, die Entscheidungen auf Kommunalebene abnicken.

Gewählt wird im real existierenden Sozialismus jedoch nicht zwischen Parteien und Programmen. Es gilt, so ist es auch in den DDR-Zeitungen zu lesen, ein „Bekennnis“ abzugeben. Die Zustimmung für die Kandidaten der Einheitsliste soll denen Rückendeckung geben, sie ermuntern, Zeit für die Gremien zu opfern. Sein Ja zur Nationalen Front bekundet bereits jeder, der den Stimmzettel faltet und in die Urne wirft – weshalb der Wahlakt im Volk auch „Falten“ genannt wird.

Am 7. Mai 1989 soll es mal wieder so weit sein. Der Staat ruft das Volk zur Aklamation auf. Evelyn Zupke vom Friedenskreis Weißensee will den Spieß diesmal umdrehen. Sie versucht, Kandidatin auf der Einheitsliste zu werden, ganz offiziell. Bürgerrechtler im ganzen Land tun es ihr gleich. Doch alle bekommen die gleiche Antwort: Kandidaten können nur von großen Organisationen des Staates aufgestellt werden, wie der FDJ, dem Gewerkschaftsbund oder dem Kulturbund.

Zu den Eigenheiten von DDR-Wahlen gehört, dass die Bürger vorher ihrem Unmut Luft verschaffen. „Eingaben“ heißen die Briefe, die sie an die Herrschenden verschicken, in denen sie Missstände anprangern – etwa dass es im Dorf immer noch keine Bürgersteige gebe.

Am Ende des Schreibens droht der Absender dann, die Wahl zu verweigern. Es ist ein Ritual, nicht mehr. Aber im Frühjahr 1989 beziehen sich 40 000 Eingaben direkt auf die Wahl. Ein historischer Wert.

Wie groß der Ärger ist, bleibt kaum einem Kader verborgen. Die Zahl der Ausreiseanträge steigt in den ersten sechs Monaten auf 125 000, die Nationale Volksarmee hat Mühe, ausreichend Zeitsoldaten zu rekrutieren, in den Schulen bilden sich von der FDJ unabhängige Schülervertretungen, in Neubrandenburg tauchen massenhaft Flugblätter eines „Bundes unabhängiger Bürger“ auf. Sie fragen: „Sind Sie unzufrieden mit: der Versorgung von Wohnungen, Möbeln, Kraftfahrzeugen, Industriewaren, Südfrüchten, dem Lohngefüge? Dann gehen Sie nicht zur Wahl. Unser Ziel: Wahlbeteiligung 50%.“

### **Der organisierte Wahlbetrug**

Kaum jemand in der DDR nimmt die Wahlergebnisse ernst. Rätselhaft bleibt den meisten allerdings, wie es zu den fantastischen Zustimmungswerten nahe 100 Prozent kommt: Wer da Regie führt, wer für die Manipulation verantwortlich ist. Dass in den Wahllokalen ordentlich gezählt wird, das haben die Bürgerrechtler am 7. Mai ja mit eigenen Augen gesehen.

Erst etliche Jahre nach der Wende wird dieses Geheimnis gelüftet. Der wohl entscheidende Durchbruch zur Wahrheit ge-

lingt Klaus Bästlein, der beim Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Berlin arbeitet. Für ein Forschungsprojekt sichtet er Justizakten aus den Wahlfälschungsprozessen Mitte der Neunzigerjahre – und findet eine 65-seitige Anleitung des Politbüromitglieds Horst Dohlus an die 2. Sekretäre der SED in den Bezirken.

Der ZK-Funktionär fordert darin „eine überwältigende Stimmabgabe und Zustimmung für die Kandidaten der Nationalen Front“. Im Vergleich zu den Wahlen '84 und '86 dürfe das Ergebnis nicht schlechter ausfallen. Als Dohlus knapp zwei Wochen vor dem Urnengang die Bezirkssekretäre noch einmal einschwört, verlangt er die genaue Beachtung der Vorschriften, da „feindlich-negative, oppositionelle Kräfte, darunter auch reaktionäre kirchliche Amtsträger“ den Ablauf beobachten wollten. Die zuständigen 2. Sekretäre wenden ein, die letztmaligen Ergebnisse seien nicht zu wiederholen. Daraufhin gibt ihnen Dohlus zu verstehen, so liest es der Historiker Bästlein aus den Akten, dass die Zahlen dann eben zu manipulieren seien.

In den Tagen vor der Wahl erhalten zum Beispiel die Berliner Stadtbezirke aus dem Bürgermeisteramt exakt jene Ergebnisse, die sie publizieren sollten. Manche Bezirke wehren sich, verhandeln nach, in Hellersdorf ringt man um 400 zusätzliche Neinstimmen, in Treptow um 200. Es wird ge-

feilscht wie auf einem arabischen Bazar. Drei Tage nach der Wahl, die keine war, weil das Ergebnis schon vorher feststand, schickt Evelyn Zupke eine Eingabe an den Kreisausschuss der Nationalen Front Weißensee. Präzise dokumentiert sie die „schwerwiegenden Differenzen“ zwischen den eigenen und den offiziellen Stimmresultaten. „Wir fordern Sie auf, gegen die Gültigkeit der Wahl bei der zuständigen Volksvertretung Einspruch einzulegen.“

Als nichts passiert, erstattet Zupke „Anzeige gegen unbekannt“ beim Generalstaatsanwalt von Berlin. So wie es Bürgerrechtler im ganzen Land tun. Wie würde die Justiz reagieren?

Einheitlich. Denn längst hat Stasichef Erich Mielke „innerdienstliche Weisungen“ an die Justiz erlassen. Karl-Heinrich Borchert, der 1. Stellvertreter des Generalstaatsanwalts, gibt am 19. Mai 1989, aufgrund einer Vorlage aus dem Politbüro, den Staatsanwaltschaften die Richtung vor: „Anzeigen sind ohne Kommentar entgegenzunehmen. Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen für die Anzeigenbearbeitung ist von den jeweils zuständigen Organen zu antworten, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen.“

Die Anweisungen aus dem Politbüro offenbaren dem Historiker Bästlein „den klassischen Befehlsweg der Justiz in der DDR“. Aus Angst vor schriftlichen Belegen erhalten die Staatsanwaltschaften die Order, die Anzeigenerstatter vorzuladen und ihnen die Einstellung mündlich mitzuteilen. „Faktisch“, so resümiert Bästlein die Aktenlage, „hatte die Staatssicherheit die beteiligten Staatsanwälte zu ihren Sprechpuppen degradiert.“

84 Anzeigen gegen unbekannt bleiben unbearbeitet. Es ist wohl das letzte Mal, dass sich der Staat in großem Stil über seine eigenen Gesetze hinwegsetzt.

Am 13. Juni 1989 erscheint Evelyn Zupke zum Gesprächstermin beim Staatsanwalt des Stadtbezirks Weißensee. Die Sprechpuppe vom Amt erklärt ihr, dass „kein Straftatverdacht“ bestehe. Zupke insistiert, doch der Staatsanwalt bleibt bei seinem Text. „Während des Gesprächs, das in einem ruhigen und sachlich-unterkühlten Ton verlief“, so schreibt er später in seinem Aktenvermerk, habe die Bürgerin Zupke einen „äußerst verbohrten Eindruck“ gemacht.

Und: „Beim Verlassen des Zimmers warf die Bürgerin Zupke die Tür mit lautem Knall zu.“

149 Tage später fällt die Mauer.

Alfred Weinzierl

*Dieser Artikel wurde nachträglich bearbeitet.*

**Im nächsten Heft:**

**30. September 1989**

Tausende DDR-Bürger flüchteten in die westdeutsche Botschaft in Prag – und zwangen das SED-Regime vor aller Welt in die Knie.